

Rechtsextreme sollen stärker überwacht werden

Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten fordern erste Politiker eine Reform des Verfassungsschutzes. Bundesinnenminister warnt vor hoher Gefahr durch gewaltbereite Szene

VON MARTIN LUTZ UND UWE MÜLLER

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat sich besorgt über die Gefahr durch die gewaltbereite rechtsextreme Szene in Deutschland geäußert. Laut Verfassungsschutzbericht waren Ende vergangenen Jahres 12.700 gewaltorientierte Rechtsextremisten registriert. „In Verbindung mit der hohen Waffenaffinität des rechtsextremistischen Spektrums sind die Zahlen ausgesprochen besorgniserregend“, sagte Seehofer bei der Vorstellung des Berichts. Es gebe eine hohe Gefährdungslage. Die Bundesanwaltschaft teilte unterdessen mit, dass im Fall des ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke der mutmaßliche Verkäufer der Tatwaffe und der Vermittler des Geschäfts festgenommen worden seien.

Der CDU-Politiker Lübcke war in der Nacht zum 2. Juni auf der Terrasse seines Hauses in Wolfhagen-Istha erschossen worden. Der als rechtsextrem eingestufte vorbestrafte 45-jährige Stephan Ernst sitzt in Untersuchungshaft und hat die Tat nach Angaben der Behörden mittlerweile gestanden.

Der Fall hat eine breite Debatte über das Ausmaß der Gefahr ausgelöst, die von Rechtsextremisten in Deutschland ausgeht. Auch werden Forderungen nach einer Reform des Verfassungsschutzes laut. Stephan Thomae, FDP-Fraktionsvize im Bundestag, schlägt eine deutliche Verringerung der Anzahl der Ämter in den 16 Bundesländern vor. „16 Landesäm-

ter für Verfassungsschutz und 16 Landes-kriminalämter sind einfach zu viel, jeweils sechs Behörden wären ausreichend“, sagte Thomae im Gespräch mit WELT. Das rechtsextreme Spektrum

müsse energischer in den Blick genommen werden. Gefährder, denen die Behörden Attentate zutrauen, sollten so wie Salafisten und Islamisten auch in Risikogruppen eingeteilt werden. Derzeit seien die Behörden noch nicht genügend sensibilisiert, „wenn etwa Neonazis im benachbarten Ausland unbehelligt ihre Schießübungen abhalten“, sagte Thomae. Mehr Personal für den Verfassungsschutz verlangt hingegen Unionsfrakti-

onsvize Thorsten Frei (CDU). „Es geht auch um mehr Personal, aber da macht sich die politische Linke schnell vom Acker“, sagte Frei WELT. Das zusätzliche Personal könne dafür sorgen, die Analysefähigkeit und Ansprache von Gefährdern zu verbessern. Der mutmaßlich von dem Rechtsextremisten Ernst begangene Mord macht es laut Frei zudem notwendig, dem Verfassungsschutz mehr rechtliche Befugnisse zu geben. Er könne nicht verstehen, dass die Novelle des Verfassungsschutzgesetzes in dem von der SPD geführten Justizministerium blockiert werde. „Es kann nicht sein, dass dies dort auf Halde liegt“, sagte Frei.

Frei plädiert dafür, die im analogen Bereich vorhandenen Befugnisse endlich in die digitale Welt zu übertragen. Dazu ge-

hörten die Online-Durchsuchung und die Quellen-TKÜ, also die Überwachung der Telekommunikation vor ihrer Verschlüsselung. Auch Datenschutzvorschriften müssten auf den Prüfstand gestellt werden. Für den CDU-Innenexperten Armin

Schuster ist in der öffentlichen Debatte eine neue extremistische Dimension erreicht: „Es gibt Menschen, die den Humus dafür bereiten.“ Als Beispiel dafür nannte er AfD-Politiker, die im Plenarsaal des Bundestages Parolen wie „Wir werden Merkel jagen“ oder „Wir holen uns unser Land zurück“ verlauten lassen würden. Aktuell habe ein AfD-Stadtrat in Freiburg angekündigt, jetzt werde es den

Altparteien und vor allem dem Oberbürgermeister wirklich an den Kragen gehen: „Ich werde ihn aus dem Amt jagen.“ Die Aussagen stammen von Dubravko Mandic, der bereits mehrfach durch aufstachelnde Aussagen aufgefallen ist. An-

gesichts eines solchen Klimas hält es Schuster für erforderlich, sich nicht allein um den Schutz von Politikern zu kümmern. Bedroht seien beispielsweise zudem ehrenamtliche Flüchtlingshelfer.

Auch Seehofer fordert eine Strategie der „null Toleranz“ gegenüber Hassparolen, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. „Das ist die beste Prävention gegenüber Radikalismus“, sagte er am Donnerstag in einer Aktuellen Stunde des Bundestags zu rechtsextremem Gewalt in Deutschland. „Wir müssen dem Rechtsextremismus die Stirn bieten.“ mit rtr/dpa